

Niedersachsen während und nach der Corona-Krise
Die Wirtschaft im Blick – der Mensch im Mittelpunkt.

Niedersachsen für alle!

Drei-Säulen-Konzept des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften
für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Niedersachsen



Die Wirtschaft im Blick – der Mensch im Mittelpunkt. Niedersachsen für alle!

»Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften unterbreiten in dieser Broschüre ein auf den drei Säulen Krisenprävention, Nachfragesicherung und Zukunftsinvestitionen fußendes Konzept, um die niedersächsische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und Beschäftigung zu erhalten.«

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie hat Niedersachsen noch immer fest im Griff. Trotz der allmählichen Lockerungen der Corona-bedingten Einschränkungen kann von einer Rückkehr zur Normalität für die Menschen in Niedersachsen noch keine Rede sein. Die weitgehende Stilllegung der ökonomischen Aktivitäten hat die niedersächsische Wirtschaft bis ins Mark getroffen. Das gilt auch für die öffentliche Hand und die öffentlichen Dienstleistungen. Die Verunsicherung ist bei Beschäftigten und Betrieben gleichermaßen groß. Der Wiederaufbau wird viel Zeit und Kraft kosten. Umso wichtiger ist es deshalb, genau jetzt gegenzusteuern.



Detlef Ahting



Ralf Becker



Thorsten Gröger



Dr. Mehrdad Payandeh



Finn Petersen



Joachim Plank



Laura Pooth



Dietmar Schilff



Eckhard Stoermer

Mit ihrem kürzlich präsentierten Konjunkturpaket hat die Bundesregierung einen ersten Aufschlag gemacht, um die ökonomische Erholung sowie eine Stabilisierung insbesondere der Kommunen einzuleiten. Darin enthalten ist ein ganzes Bündel sinnvoller Schritte, die zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen, der Konjunktur neues Leben einhauchen sowie voreiligen und schädlichen Sparmaßnahmen entgegenwirken können.

Allerdings gibt es auch noch weiteren Handlungsbedarf. Deshalb sind jetzt sind die Bundesländer – allen voran Niedersachsen – gefragt, um für einen zusätzlichen konjunkturellen Schub zu sorgen. Ein breit angelegtes Corona-Konjunkturprogramm kann einen wichtigen Beitrag leisten, die Rezession zu überwinden, Arbeitsplätze zu

sichern und Niedersachsen für die Zukunft gut aufzustellen.

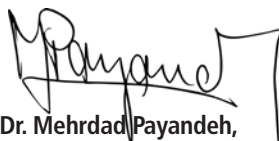
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften unterbreiten in dieser Broschüre ein Konzept, das auf den drei Säulen Krisenprävention, Nachfragesicherung und Zukunftsinvestitionen basiert, um die niedersächsische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, Beschäftigung zu erhalten und zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors beizutragen. Daneben hat es auch die persönliche und soziale Situation der Menschen mit im Blick.

Kurzum: Jetzt heißt es klotzen statt kleckern. Wachstum, gute Arbeit und die notwendige sozial-ökologische Transformation sind nicht umsonst zu haben. Aber es lohnt sich!

Eine spannende Lektüre wünschen



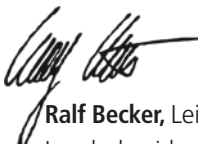
Detlef Ahting, ver.di-
Landesbezirksleiter
Niedersachsen-Bremen



Dr. Mehrdad Payandeh,
Vorsitzender des DGB-Bezirks
Niedersachsen – Bremen –
Sachsen-Anhalt



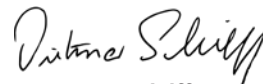
Laura Pooth,
Vorsitzende der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen



Ralf Becker, Leiter des
Landesbezirks Nord der
IG Bergbau, Chemie, Energie



Finn Petersen,
stellvertretender Landes-
bezirksleiter NGG Nord



Dietmar Schilff,
Vorsitzender der Gewerkschaft
der Polizei Niedersachsen



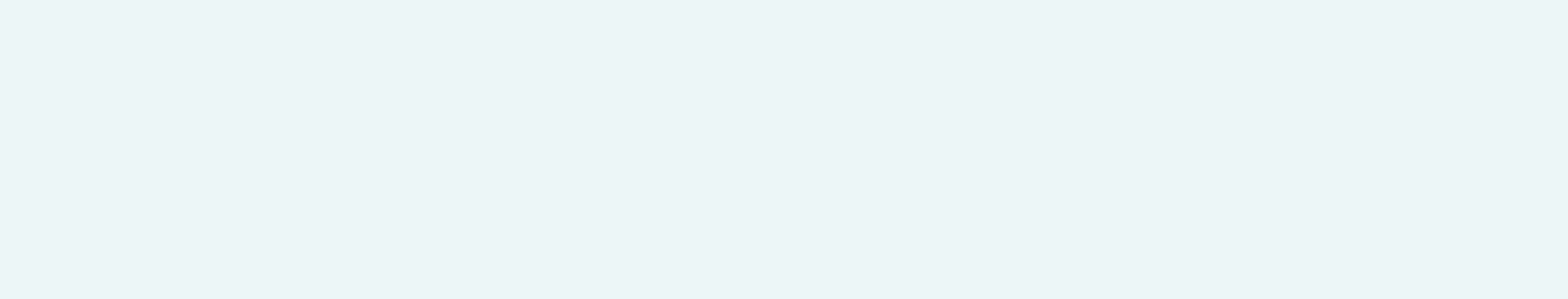
Thorsten Gröger,
Bezirksleiter IG Metall
Niedersachsen und
Sachsen-Anhalt



Joachim Plank,
Geschäftsstellenleiter
Eisenbahn- und Verkehrs-
gewerkschaft Hannover



Eckhard Stoermer,
Leiter des Regionalbüros
Niedersachsens der
IG Bauen Agrar Umwelt



Niedersachsen in der Corona-Krise

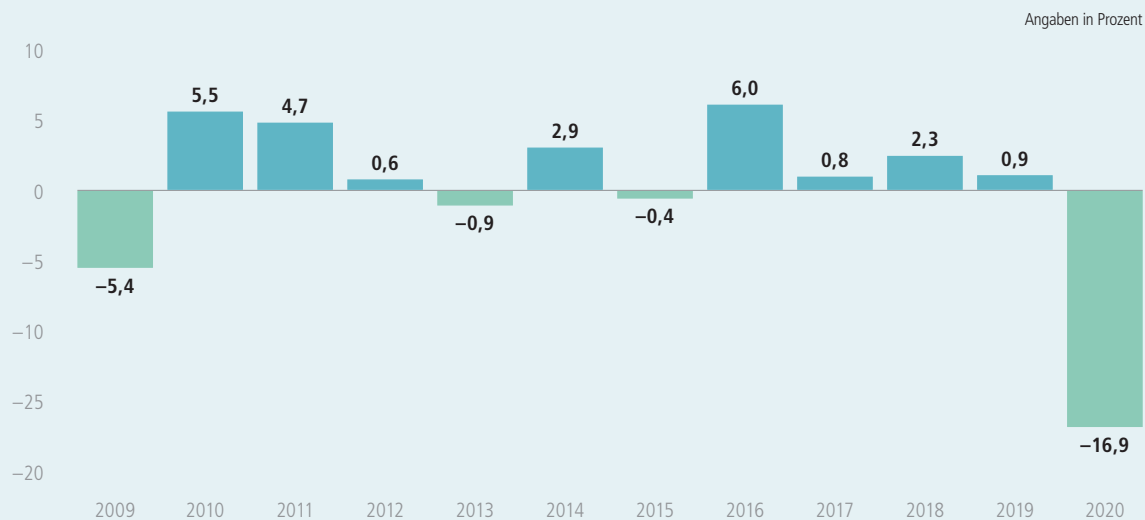
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie bedeuten für Niedersachsen, seine Wirtschaft und die Beschäftigten eine enorme Herausforderung. Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führen zu einem in dieser Form beispiellosen Einbruch der wirtschaftlichen Leistung. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Menschen, den Wohlstand und das Sozialgefüge in Niedersachsen.

Wie stark die wirtschaftliche Leistung insgesamt durch die Corona-Pandemie zurückgehen wird, lässt sich zu diesem Zeitpunkt kaum verlässlich sagen. Erste Prognosen gehen allerdings von einem massiven Einbruch aus, der das Niveau der Krise von 2009 hat oder sogar noch weit darüber hinausgeht.

Für Niedersachsen zeigt sich ein dramatischer Abschwung:

- ▶ Laut Berechnungen des Ifo-Instituts liegt der Corona-bedingte BIP-Verlust 2020 in Niedersachsen bei einem zweimonatigen Shutdown bei 14,7 bis 16,9 Prozent.
- ▶ Seit März haben rund 80.000 Betriebe in Niedersachsen Kurzarbeit angezeigt. Dahinter stehen über eine Million Beschäftigte, die potenziell von Kurzarbeit betroffen sind (Stand: Anfang Juni 2020).
- ▶ Im Mai waren in Niedersachsen über 260.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Mai im Vorjahr eine Steigerung um 21,4 Prozent.
- ▶ 40 Prozent der niedersächsischen Unternehmen berichten von Liquiditätsengpässen, der Konjunkturklimaindex für Niedersachsen der Industrie- und Handelskammern brach um mehr als die Hälfte ein.

Veränderungsraten des BIP in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder & ifo Institut 2020; eigene Darstellung

Drei-Säulen-Konzept für Wachstum, Nachhaltigkeit und Gute Arbeit

Es muss jetzt eine Strategie entwickelt werden, um einerseits wieder eine Wachstumsdynamik einzuleiten und andererseits die Krisenfestigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken und den Sozialstaat zu sichern.

Zentrales Ziel muss ein Wiederaufbau der Wirtschaft sein, um die gesamtwirtschaftliche Leistung schnellstmöglich wieder auf das Vor-Krisen-Niveau zu bringen.

Dabei müssen alle Maßnahmen daran ausgerichtet sein, Beschäftigung zu sichern und Unternehmen positive Entwicklungsperspektiven zu bieten. Gute Arbeit, moderne Infrastruktur und innovative Unternehmen sind dabei Schlüssel zum Erfolg. Wohlstand für alle muss das Maß der Dinge sein. Dafür braucht Niedersachsen ein Konjunktur- und Investitionsprogramm, das mit einem großen Volumen ausgestattet ist, nachhaltige Ziele verfolgt und unmittelbare Impulse setzt. Alles, was wir jetzt zur Belebung der Konjunktur unternehmen, muss darauf ausgerichtet sein, unsere Gesellschaft und Wirtschaft für die Zukunft zu rüsten. Die Corona-Krise darf weder durch die Klimakrise noch eine soziale Krise abgelöst werden. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Gute Arbeit müssen deshalb im Zentrum der Investitions- und Konjunkturprogramme stehen.

Wir wollen eine bessere Zukunft für alle!
Wir wollen ein Niedersachsen für alle!

Konzeptuelle Parameter eines Konjunktur- und Investitionsprogramms:

- ▶ Verantwortungsvolle Verwendung von Steuergeldern
- ▶ Großes Volumen
- ▶ Unmittelbare Impulse
- ▶ Langfristige Wirkung
- ▶ Nachhaltige Ziele und Erfolge

Wir müssen und wir werden der Krise trotzen. Dabei wären staatliche Sparprogramme das Letzte, was unser Land derzeit braucht. Rufe nach einer zügigen Rückkehr zur schwarzen Null verkennen die Tiefe der Krise, in der unser Land, Europa und letztlich die gesamte Weltwirtschaft stecken. Ein Abbau der Staatsverschuldung ist in der aktuellen Situation unter der Bedingung der Negativzinsen für Staatsanleihen und dem vergleichsweise niedrigen Schuldenstand in unserem Bundesland und in Deutschland insgesamt eine unangemessene Forderung. Sie kommt zu einer Unzeit und kann sogar schädlich sein, weil der Schuldenabbau die angestrebte Erholung wieder abwürgt. Gleichzeitig treffen staatliche Sparprogramme vor allem die Menschen hart, die sowieso bereits unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, wie etwa Familien oder Menschen mit geringen Einkommen.

Jetzt muss es stattdessen um eine rasche Krisenbekämpfung gehen und das geht nur mittels öffentlicher Kreditaufnahme. Doch mittel- und langfristig wird es auch um die Frage einer gerechten Finanzierung der Corona-Kosten gehen und darum, dass alle entsprechend ihrer finanziellen Belastbarkeit einen angemessenen Beitrag leisten müssen. Alle! Auch die Superreichen, die bisher kaum zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beigetragen haben.



Denn Fakt ist: Allein das reichste Hundertstel der Bevölkerung in Deutschland besitzt ein Netto-Gesamtvermögen von rund 3.800 Milliarden Euro. Diese Vermögen müssen nun – etwa mit einer gerechten Vermögens- und Erbschaftssteuer – ihren angemessenen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Vor diesem Hintergrund sind auch die Forderungen nach einer vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags völlig kontraproduktiv, weil sie vor allem Spitzeneinkommen zugutekommt.

In Zukunft investieren oder alle alimentieren?

Nichtstun endet in noch höheren Kosten für die Allgemeinheit, stiftet sozialen Unfrieden und vermittelt Macht- und Perspektivlosigkeit. Nichtstun macht ungewollt aus Beschäftigten und Unternehmen Bittsteller des Staates. Das wollen wir nicht. Denn wir meinen: Es ist immer besser, in Arbeit zu investieren, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren; es ist auch besser, Unternehmen mit Investitionen zu fördern, statt sie zu alimentieren. Denn ohne Investitionen gibt es kein Wachstum und zu wenig Beschäftigung. Nur durch Investitio-

nen stabilisieren sich Umsätze und Beschäftigung nachhaltig und erholen sich die öffentlichen Haushalte. Die Corona-Pandemie bringt viele Menschen in Nöte, führt zu Unruhe und Ängsten. Die sozialen Auswirkungen müssen deshalb stärker in den Fokus rücken.

Wir müssen uns dafür stark machen, dass unsere gesellschaftlichen Fundamente sichtbar erhalten bleiben.

Gerade jetzt kommt es darauf an, im Kampf gegen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nachzulassen und die politische Bildung, die demokratische Resilienz, die Solidarität sowie das Ehrenamt zu stärken.

Wir müssen aus der Krise eine Chance machen.

Um die Corona-Krise schnell zu überwinden und Niedersachsen gleichzeitig für die Zukunft zu rüsten, muss ein langfristig angelegtes und umfassendes Konzept verfolgt werden, das auf drei zentralen Säulen basiert: Krisenprävention, Nachfragesicherung und Zukunftsinvestitionen.

Drei Säulen für ein niedersächsisches Konjunktur- und Investitionsprogramm

SÄULE 1 Vorbedingungen und Krisenprävention	SÄULE 2 Stärkung der Binnennachfrage	SÄULE 3 Investitionen in die Zukunft Niedersachsens
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verantwortungsvolle Krisenstrategie unter Berücksichtigung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ▶ Erhalt wichtiger Standards unserer Arbeitswelt ▶ Krisenfeste Wirtschaft basierend auf Tarifbindung, Mitbestimmung und Guter Arbeit ▶ Handlungsfähiger Staat und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Konjunkturimpulse durch eine Stabilisierung der Nachfrage privater und öffentlicher Haushalte ▶ Sozialer Ausgleich in der Corona-Krise ▶ Stärkung der Einkommen privater Haushalte ▶ Konkrete Nachfrageimpulse und Kaufanreize 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Konjunkturimpulse durch Investitionen in ein ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiges Niedersachsen ▶ Investitionsstau auflösen ▶ Vorzieheffekte auslösen und nutzen ▶ Investitionsoffensive durch einen landeseigenen Investitionsfonds: NFonds.

Vorbedingungen und Krisenprävention

Damit sich Wirtschaft und Konjunktur wieder positiv entwickeln können, sind Vorbedingungen zu erfüllen. Gleichzeitig muss es das Ziel sein, die Anfälligkeit der niedersächsischen Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber zukünftigen Krisen zu minimieren.

Gesundheitsschutz & Gute Arbeit

Die Gesundheit der Menschen muss die höchste Priorität haben. Deshalb ist eine behutsame, geordnete und transparente Strategie notwendig, um eine zweite Infektionswelle zu verhindern. Diese muss klar öffentlich kommuniziert werden, um die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten. Darüber hinaus entsteht so eine größere Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte, die für die weitere Wirtschafts- und Konjunktorentwicklung von hoher Bedeutung ist.

Oberstes Gebot muss dabei sein, die Beschäftigten so gut wie möglich vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus zu schützen.

Der Arbeitgeber hat gegenüber seinen Beschäftigten eine arbeitsvertragliche Schutz- und Fürsorgepflicht. Er muss dafür sorgen, dass Erkrankungsrisiken und Gesundheitsgefahren im Betrieb so gering wie möglich bleiben. Bei der Planung und Umsetzung von Lockerungen muss es deshalb heißen: Gründlichkeit geht vor Geschwindigkeit.

Wesentlich ist, dass die bewährten Standards für Wirtschaft und Arbeitswelt nicht unter dem Deckmantel des Krisenmanagements in Frage gestellt werden. Dies gilt etwa für die Arbeitszeitverordnung, Schutzregelungen aus dem Berufsbildungsgesetz, dem Sonntagsschutz oder auch für die Standards in der öffentlichen Vergabe. Im Gegenteil sind gesellschaftliche Fundamente zu festigen durch niedersächsische Initiativen für Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung. Wesentlicher Bestandteil muss dabei die Bekämpfung prekärer Beschäftigung sein u. a. durch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und ein konsequentes Vorgehen gegen Kettenbefristungen und den Missbrauch von Leih- und

Werkverträgen. Dazu muss das Land kurzfristig die Tariftreue in der öffentlichen Vergabe einführen und die Kriterien Guter Arbeit in der Wirtschaftsförderung ausweiten.

Niedersachsen muss zum Land der Guten Arbeit werden – das ist vorrausschauende Krisenprävention! Das tut den Menschen in Niedersachsen gut!

Handlungsfähiger Staat

Zudem zeigt die gegenwärtige Krise die zentrale Bedeutung eines handlungsfähigen Staates. Die Notwendigkeit staatlichen Handelns reicht über seine rein ordnungspolitische Funktion weit hinaus. Er muss in der Lage sein, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in eine Richtung zu lenken, die einen Weg aus der Krise weist und zum Wohle der Menschen ist.

Ein aktiver Staat braucht eine aktive Wirtschafts- und eine ausgleichende Sozialpolitik. Er muss die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stärken, um mit sinnvollen Maßnahmen die Corona-Krise besser zu bewältigen und die Krisenanfälligkeit zu reduzieren.

Die Corona-Krise hat darüber hinaus Schwachpunkte der Daseinsvorsorge und Bedarfsfelder offengelegt. Im Gesundheitswesen wurde die Gewinnorientierung vor die Vorsorgeorientierung gestellt. Ein Krankenhaus ist aber kein Hotel und kann daher auch nicht wie ein Hotel nach maximaler Bettenauslastung gesteuert werden.

Eine Krisenreserve im Gesundheitswesen kann, wie Grundlastkraftwerke im Energieversorgungssystem, per Umlage oder durch den Staat finanziert werden. Auch im Bildungssektor

zeigen sich im Zuge der Corona-Pandemie Mängel in der Gebäude- und Lehrmittelinfrastruktur auf sehr eindringliche Weise: Es gibt nicht ausreichend Räume adäquater Größe, die Sanitäreinrichtungen sind häufig in desolatem Zustand; die digitale Infrastruktur ist oft nicht vorhanden. Niedersachsen muss deshalb in Sachen Digitalisierung, E-Learning und in der Hardware-Ausstattung aufholen und die Innenausstattung der Gebäude dringend den Lehr- und Lernbedürfnissen anpassen.

Unser Bildungssystem muss zu Begegnungsstätten für demokratische Willensbildung, zu Denkfabriken für kreative Ideenfindung, zu Innovationszentren der zukünftigen Generationen und zum Ort der gesellschaftlichen Teilhabe werden. Bildungspolitisch sind entsprechend Lehrpersonal einzustellen und Bildungsprogramme anzubieten. Dabei ist auch zentral, die niedersächsischen Hochschulen zu stärken, die bei der Lösung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen eine zentrale Rolle spielen.

Ein elementarer Teil eines handlungsfähigen Staates sind unsere Kommunen. Kommunen machen mit ihren Investitionen über 50 Prozent aller öffentlichen Investitionen aus. Die kommunalen Haushalte werden allerdings derzeit durch die Corona-Krise besonders belastet.

Die Kommunen müssen jetzt durch einen Rettungsschirm in Form eines Fonds von Bund und Ländern unterstützt werden, der die zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen ausgleicht und die Kommunen in die Lage versetzt, die öffentliche Daseinsvorsorge nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau zu tätigen. Darüber hinaus müssen der Bund und die Länder die krisenbedingten Einnahmeausfälle der kommunalen wie auch der privaten Unternehmen

des öffentlichen Personennahverkehrs ausgleichen und ein diesbezügliches Notfallprogramm einrichten. Nur so lässt sich die kommunale Handlungsfähigkeit in vollem Umfang garantieren. Auch mit Blick auf die Mittel- und Langfristfolgen der Corona-Krise ist zu gewährleisten, dass die niedersächsischen Kommunen in ihre Zukunft investieren können und sich nicht angesichts der erdrückenden Haushaltszwänge in noch höhere Kassenkredite, dauerhaft nachteilige Privatisierungen und Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) flüchten.

Krisenfeste Wirtschaft

Gerade in der Corona-Krise wird noch klarer, wie brüchig Wertschöpfungsketten mitunter sind. Bei einzelnen elementaren Gütern bestehen fatale Abhängigkeiten von Lieferungen aus einzelnen Ländern oder von einzelnen Unternehmen. Die Beispiele Arzneimittel und Pharmaprodukte oder auch Schutzkleidung und -ausrüstungen zeigen dies schmerzlich.

Es ist dringend geboten, umfassende Risikoabschätzungen für die einzelnen Wertschöpfungsketten vorzunehmen.

Darauf aufbauend ist eine Strategie notwendig, die die Erhaltung von Wertschöpfungsketten und zuverlässigen Lieferbeziehungen mit der Sicherung Guter Arbeit kombiniert. Dabei muss es auch das Ziel sein, zentrale Güter (wieder) verstärkt in Deutschland herzustellen. Zudem muss sich Niedersachsen für ein Lieferkettengesetz stark machen. Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften.

Um Unternehmen nicht nur während, sondern vor allem auch nach Ende der Corona-Krise zu unterstützen, sollte das Land Niedersachsen stärker auf Unternehmensbeteiligungen setzen. Hierüber könnten vor allem kleine und mittelständische Unternehmen mit dem notwendigen Kapital versorgt werden, die womöglich nicht von den Wirtschaftsstabilisierungsfonds auf Bundesebene partizipieren. Grundbedingungen für Beteiligungen müssen positive Fortführungsprognosen und die Einhaltung Kriterien Guter Arbeit sein.

Insgesamt sind folgende Maßnahmen umzusetzen, um die Grundvoraussetzungen für eine schnelle wirtschaftliche Belebung der niedersächsischen Wirtschaft zu schaffen und gleichzeitig Niedersachsen weniger anfällig und damit krisenfester aufzustellen.



Arbeits- und Gesundheitsschutz

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Geordnete und transparente Krisenstrategie ▶ Dezierte Arbeits- und Gesundheitsschutzkonzepte für einzelne Branchen und Bereiche auf Basis von Gefährdungsanalysen und unter Beteiligung der Betriebs- und Personalräte ▶ Investitionen für eine Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (allgemein sowie infektionsschutzspezifisch) ▶ Ausweitung der Arbeitsschutzkontrollen bei gleichzeitiger personeller Stärkung der Gewerbeaufsicht in Niedersachsen ▶ Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Arbeits- und Gesundheitsschutz 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schutz der Beschäftigten ▶ Verringerungen von Erkrankungsrisiken in der Bevölkerung ▶ Geringeres Risiko einer zweiten Corona-Welle ▶ Bessere Arbeitsbedingungen ▶ Gesellschaftliche Akzeptanz

Niedersachsen – Land der Guten Arbeit

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Niedersächsische Initiativen zur Stärkung von Guter Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung ▶ Bekämpfung prekärer Beschäftigung durch u. a. Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, ein konsequentes Vorgehen gegen Kettenbefristungen, Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Werkverträgen ▶ Einführung der Tariftreue in der öffentlichen Vergabe in Niedersachsen ▶ Ausweitung der Kriterien Guter Arbeit in der niedersächsischen Wirtschaftsförderung ▶ Erhalt der Standards etwa bei der öffentlichen Vergabe (insbesondere im ÖPNV), keine zusätzlichen Ladenöffnungen an Sonntagen, keine Deregulierung bei der Arbeitszeitverordnung oder den Schutzregelungen aus dem Berufsbildungsgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bessere Arbeitsbedingungen ▶ Schutz der Beschäftigten ▶ Stärkung gesellschaftlicher Fundamente und Ankerpunkte ▶ Nachfragesicherung durch tarifliche Löhne ▶ Nachfragesicherung durch Stabilisierung der Beschäftigung ▶ Ausbau von stabilen Arbeitsbeziehungen

Handlungsfähiger Staat: Schutzschirm für Kommunen

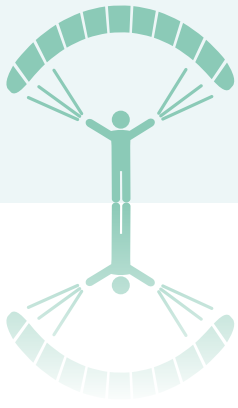


Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Rettungsschirm in Form eines Fonds von Bund und Ländern in Verbindung mit einem bundesweiten kommunalen Altschulden-tilgungsfonds ▶ Notfallprogramm für Unternehmen des ÖPNV ▶ Angebote Öffentlich-Öffentlicher Partnerschaften mit obligatorischen Kriterien Guter Arbeit (s. u. NFonds) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Absicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit ▶ Erhalt und Ausbau von kommunalen Leistungen und Infrastrukturen ▶ Stabilisierung und Steigerung der kommunalen Investitionstätigkeit ▶ Stärkung der öffentlichen Nachfrage
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auflage eines niedersächsischen Rekommunalisierungsfonds ▶ Rückkauf von Unternehmungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten ▶ Stabilisierung von Betrieben, die in der öffentlichen Daseinsvorsorge tätig sind und durch die Corona-Krise in Schräglage geraten sind 	

Handlungsfähiger Staat: Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge



Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Masterplan Gesundheit unter Einbezug aller Ebenen (Gebäude, personelle Kapazitäten, technische Ausstattung, Medikamente, Schutzausrüstungen) ▶ Angemessene Verfahren der Personalbemessung in allen Bereichen der Kranken- und Altenpflege ▶ Unterstützung für private (und kirchliche bzw. wohlfahrtliche oder freigemeinnützige) Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen <p>Stärkung des Bildungsektors von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung u. a. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Qualitative und quantitative Stärkung von Bildung und Chancengleichheit ▶ Bessere personelle Ausstattung, insbesondere in der frühkindlichen Bildung 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Geringere Anfälligkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge ▶ Signifikante Verbesserungen im Gesundheits- und im Bildungsbereich ▶ Bessere Arbeitsbedingungen ▶ Schutz der Beschäftigten
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verbesserung der Personalschlüssel ▶ Ausweitung der Einstellungsermächtigungen für allgemein- und berufsbildende Schulen ▶ Anhebung der Finanzierung der beruflichen Bildung von derzeit 2.700 Euro auf 3.100 Euro pro Schüler/in im Jahr ▶ Unterstützung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen ▶ Unterstützung und Stärkung der Hochschulen u. a. durch eine höhere Ressourcenausstattung für Grundlagenforschung ▶ Aufbau von krisenfesteren Lieferketten in der öffentlichen Beschaffung unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien 	



Handlungsfähiger Staat: Stärkung des öffentlichen Dienstes

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Solide und zuverlässige Finanzierung des öffentlichen Dienstes ▶ Nachhaltige Personalgewinnung/-planung ▶ Personelle Stärkung und höhere Attraktivität ▶ Kontinuierliche Weiterbildung und Qualifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Krisenfestigkeit durch einen starken öffentlichen Dienst ▶ Handlungsfähigkeit des Staates ▶ Verbesserungen der öffentlichen Leistungen für die Menschen in Niedersachsen ▶ Bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten

Krisenfeste Wirtschaft

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Risikoabschätzungen für einzelne Wertschöpfungsketten ▶ Strategie zur Erhaltung von Wertschöpfungsketten und zuverlässigen Lieferbeziehungen in Kombination mit ökologischer und digitaler Modernisierung und Sicherung Guter Arbeit ▶ Initiativen zur Ansiedlung der Produktion von zentralen Gütern ▶ Initiative für ein Lieferkettengesetz, das die Einhaltung von sozialen Kriterien, Menschenrechts- und Umweltschutzvorgaben garantiert 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Versorgung mit kritischen Gütern ▶ Erhalt von Arbeitsplätzen ▶ Krisenfestere Produktion und Lieferbeziehungen
<p>Unternehmensbeteiligungen des Landes zur Versorgung der Wirtschaft mit Kapital Zielgruppe: Insbesondere KMU</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Grundbedingungen für Beteiligungen: Positive Fortführungsprognosen und die Einhaltung der Kriterien Guter Arbeit. ▶ Einsatz von Landesmitteln: 1 Mrd. Euro ▶ Für die niedersächsischen Beteiligungen könnte der Aufgabenbereich der Niedersächsische Invest GmbH – eine 100-prozentige Landes-tochter – erweitert werden. ▶ Weitere Liquiditätshilfen und Landesbürgschaften nur unter Bedingungen wie verstärktes Eigentümer- und Gesellschafterengagement ▶ Keine Staatshilfen bei gleichzeitiger Ausschüttung von Gewinnen und Dividenden durch die Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Insolvenzwellen werden verhindert ▶ Arbeitsplätze bleiben erhalten ▶ Steuergelder werden verantwortungsvoll eingesetzt ▶ Öffentliche Hand partizipiert an späteren Gewinnen durch Beteiligungen



Stärkung der Binnennachfrage

Das unmittelbare Krisenmanagement mit stark angebotsorientierten Soforthilfen muss nun in die nächste Phase mit dem Fokus auf Nachfragesicherung treten.

Die niedersächsische Wirtschaft kann nicht auf das Wunder „Ausland“ hoffen, weil das Corona-Virus keine Grenzen kennt. Alle Länder sind gleichzeitig von der Krise erfasst.

Deshalb ist jetzt entscheidend, die Binnenkonjunktur zu stärken, damit die Auftragsbücher der Unternehmen gefüllt und Menschen wieder aus der Kurzarbeit zurückgeholt werden.

Um die Binnennachfrage zu stabilisieren, ist die Stärkung der Einkommenssituation insbesondere privater Haushalte essentiell. Die privaten Konsumausgaben tragen maßgeblich zum Wachstum bei. Durch die Corona-Krise ist hier allerdings ein deutlicher Einbruch zu erwarten. Während einige Güter des täglichen Bedarfs in der Krise sogar stärker nachgefragt wurden, wird die Anschaffung von Gebrauchsgütern wie beispielsweise Autos oder Möbeln zurückgestellt. Auch die Umsätze diverser Dienstleistungsanbieter etwa im Tourismus, in der Gastronomie oder im Kultur- und Unterhaltungsbereich brechen massiv ein. Insbesondere für diese Bereiche wird es entscheidend darauf ankommen, dass die Konjunktur schnellstmöglich anspringt.

Durch unterschiedliche Ansätze kann die Nachfrage deutlich stabilisiert werden:

Sozialer Ausgleich: Menschen, die während der Corona-Krise in Nöte kommen, brauchen Unterstützung. Dies ist nicht nur ein direkter Beitrag zur Nachfragesicherung, sondern fördert in erster Linie den sozialen Ausgleich in unserem Bundesland.

Die Schere zwischen Arm und Reich darf sich durch Corona nicht weiter öffnen.

Ein Härtefall-Fonds oder die Kompensation von Mehrausgaben bei existenzsichernden Leistungen sind konkrete Maßnahmenbeispiele.

Stärkung privater Haushalte: Die Nachfragesicherung muss schon in der Pandemie beginnen. Viele private Haushalte sind derzeit von Einkommensverlusten betroffen, beispielsweise Beschäftigte in Kurzarbeit, Familien oder Solo-Selbstständige.

Eine Stärkung ihrer Einkommen führt direkt zu einer Stärkung der Nachfrage.

Zudem ist grundsätzlich eine Aufwertung der systemrelevanten Berufe dringend geboten. Nicht nur vor dem Hintergrund der Nachfragesicherung sind auch Maßnahmen für Auszubildende und Studierende notwendig, um ihnen in der Corona-Krise eine Perspektive zu geben.

Konkrete Nachfrageimpulse: Zielgerichtete Kaufimpulse können die Nachfrage in den Branchen stimulieren, die von der Corona-Krise stark getroffen wurden. Gleichzeitig können sie eine Unterstützung für die sein, die von großen Einkommensverlusten betroffen sind. Über Umweltprämien für Fahrräder und E-Autos kann zudem ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz und für die notwendige sozial-ökologische Verkehrswende geleistet werden.

Stärkung der staatlichen Nachfrage: Gerade in Krisenzeiten ist es bedeutsam, dass der Staat als Nachfrager die Wirtschaft belebt. Anstelle eines Sparkurses brauchen wir deshalb eine stabile staatliche Nachfrage. Dabei ist auch die öffentliche Beschaffung in Niedersachsen von zentraler Bedeutung.

Zukunftsweisende Anschaffungen und Investitionen im öffentlichen Dienst dürfen nicht aufgeschoben, sondern müssen im Gegenteil vorgezogen werden.




Sozialer Ausgleich

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none">▶ Härtefall-Fonds aus Landesmitteln für Beschäftigte und Arbeitslose sowie Unterstützung von kommunalen Härtefall-Fonds▶ Unbürokratische Hilfen für Menschen, die wegen weitergehender Zahlungsverpflichtungen während der Corona-Krise in existenzielle Nöte geraten	<ul style="list-style-type: none">▶ Stabilisierung der Einkommen privater Haushalte▶ Nachfrageimpuls für privaten Konsum▶ Soziale Abfederung▶ Armutsbekämpfung

Stärkung privater Haushalte

Maßnahmen	Nutzen	
<p>Gründung eines länderbezogenen „Sonderfonds Kurzarbeitergeld Plus“:</p> <ul style="list-style-type: none">▶ Bis zur Aufstockung durch den Bund ab dem 4. bzw. 7. Monat soll das Land eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 80 Prozent bzw. 87 Prozent für Beschäftigte mit Kindern rückwirkend ab dem 1. April 2020 ermöglichen.▶ Niedersachsen muss sich zudem für die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes dauerhaft und nach dem 31.12.2020 auf einem Niveau von mindestens 80 Prozent des Nettolohns einsetzen.	<p>600 Euro pro Kind: Niedersachsen macht sich stark für einen Familienbonus.</p> <ul style="list-style-type: none">▶ Jeweils 600 Euro je Kind für die Jahre 2020 und 2021 als Zuschlag zum Kindergeld. Verrechnung mit der Entlastungswirkung des Kinderfreibetrags und keine Anrechnung auf die Grundversicherung. Damit kommt der Familienbonus nur Familien mit unteren und mittleren Einkommen zugute.	<ul style="list-style-type: none">▶ Stabilisierung der Einkommen privater Haushalte▶ Nachfrageimpuls für privaten Konsum▶ Einsparung bei Kosten für Wohngeld, Grundversicherung etc.▶ Soziale Abfederung
<p>Erstattung der KiTa-Gebühren</p> <ul style="list-style-type: none">▶ niedersachsenweit durch das Land▶ in den Monaten, in denen keine Betreuung in Anspruch genommen werden kann	<p>Zudem sollte sich Niedersachsen für die Verbesserung der Verdienstauffüllungsleistung nach Infektionsschutzgesetz einsetzen.</p>	



<p>Aufwertung systemrelevanter Berufe, insbesondere in der Pflege und im Sozial- und Erziehungsdienst</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Dazu notwendig: Umfassende Tarifbindung 	<p>▶ Erster Schritt: Bindung der Investitionskostenförderung im Landespflegegesetz für ambulante und teilstationäre Einrichtungen an Tarifverträge</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Stabilisierung der Einkommen privater Haushalte ▶ Nachfrageimpuls für privaten Konsum ▶ Fachkräftegewinnung und -entwicklung
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Absicherung der Solo-Selbstständigen in der Weiterbildung durch das Land 		
<p>Schutzschirm für Beschäftigte im Gastgewerbe</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Niedersachsen macht sich für einen Schutzschirm für die Beschäftigten des Gastgewerbes stark, der auf Basis von Guter Arbeit Beschäftigung sichert. 		
 <p>Schnell wirksamer „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Sicherstellung der Abschlüsse ▶ Stärkung der Verbundausbildung ▶ Ausbau außerbetrieblicher, staatlich geförderter Ausbildungsplätze 	<p>Besonders relevant:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Zuschüsse für Betriebe, die zusätzlich ausbilden oder Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Stärkung der Dualen Ausbildung und der Fachkräftebasis ▶ Zukunftsperspektiven für die junge Generation ▶ Einkommenssicherung und Nachfragestabilisierung
<p>Maßnahmen zur Einkommenssicherung von Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Das Land Niedersachsen sollte sich für folgende Maßnahmen einsetzen: Zeitlich befristeter Anspruch auf Arbeitslosengeld II für Studierende, Ausweitung des BAföG und Umwandlung des BAföG in einen Vollzuschuss, Aufhebung der Altersgrenze bei der studentischen Krankenversicherung, verlängerter Verbleib in der Familienversicherung, Sommersemester 2020 als „Nicht-Semester“, Eingliederung der Praxisphasen der dual Studierenden in das Berufsbildungsgesetz 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Keine Studienabbrüche durch Geldmangel ▶ Zukunftsperspektiven für die junge Generation ▶ Stärkung der Fachkräftebasis ▶ Einkommenssicherung und Nachfragestabilisierung



<p>Niedrigere Stromkosten</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Land Niedersachsen setzt sich für eine Übernahme der notwendigen Förderung der Erneuerbaren Energien durch den Bundeshaushalt ein, wodurch die Abschaffung der EEG-Umlage ermöglicht wird. 	<ul style="list-style-type: none"> Hierdurch werden private Haushalte deutlich entlastet, denn die EEG-Umlage 2020 beträgt 6,756 ct/kWh. 	<ul style="list-style-type: none"> Entlastung privater Haushalte. Beispiele: Ø Zwei-Personen-Haushalt über 170 Euro pro Jahr, Ø Vier-Personen-Haushalt rund 270 Euro pro Jahr Nachfrageimpuls von über 850 Mio. Euro im Jahr 2020 in Niedersachsen Entlastung von Unternehmen Anreiz für Investitionen und Innovationen in strombasierten Technologien
<p>Einführung von ÖPNV-Umwelttickets</p> <ul style="list-style-type: none"> 1-Euro-Umweltticket für Jugend und Rentnerinnen und Rentner: Land und Kommunen machen gemeinsam den ÖPNV besonders für Jugendliche und Rentnerinnen und Rentner attraktiv. Deshalb wird allen Jugendlichen und Rentnerinnen und Rentnern ein 1-Euro-Ticket angeboten. Mit einem solchen Ticket können niedersachsenweit Bus und Bahn (bis auf Fernzüge) genutzt werden. Das Ticket wird als Jahresticket ausgegeben und kostet 1 Euro am Tag (entsprechend 365 Euro im Jahr). 	<ul style="list-style-type: none"> 2-Euro-Umweltticket für alle: Allen Bürgerinnen und Bürgern wird analog dazu ein 2-Euro-Umweltticket angeboten. Mit einem solchen Ticket können niedersachsenweit Bus und Bahn (bis auf Fernzüge) genutzt werden. Das Ticket wird als Jahresticket ausgegeben und kostet 2 Euro am Tag (entsprechend 730 Euro im Jahr). <p>Gesamtkosten für das Land Niedersachsen: ca. 500 Mio. Euro jährlich</p>	<ul style="list-style-type: none"> Höhere Attraktivität des ÖPNV Beitrag zur CO₂-Senkung Entlastung privater Haushalte bei Mobilitätskosten fördert den Tourismus

Konkrete Nachfrageimpulse

Maßnahmen	Nutzen
<p>Ausgabe von Konsumschecks</p> <ul style="list-style-type: none"> für alle Bürgerinnen und Bürger ohne sowie mit geringen und mittleren Einkommen für Branchen, die – wie der stationäre Einzelhandel, Freizeit und Tourismus, Gastronomie und Kultur – durch die Corona-Krise besonders getroffen wurden 	<ul style="list-style-type: none"> Die Höhe des Schecks beträgt 500 Euro im Maximum. Dieser Betrag schmilzt mit zunehmender Einkommenshöhe ab. Der Scheck verfällt nach 6 Monaten. <ul style="list-style-type: none"> Unmittelbarer Nachfrageimpuls für besonders betroffene Branchen Soziale Abfederung



Kaufprämien für E-Bikes und Lastenfahrräder

- ▶ Zuschuss beim Kauf eines Lastenfahrrads von 30 Prozent des Kaufpreises (max. 2.100 Euro)

- ▶ bei E-Bikes von 25 Prozent (max. 750 Euro)

- ▶ Nachfrageimpuls
- ▶ Beitrag zur CO₂-Senkung
- ▶ Entlastung privater Haushalte bei Anschaffungskosten
- ▶ Entlastung des Verkehrs in Innenstädten

Differenzierte Klimaprämie beim PKW-Kauf im Jahr 2020

Umweltprämie für alle für Autos mit CO₂-neutralen Antrieben

- ▶ 10.000 Euro (bei Entfall der bisherigen Prämien für E- bzw. Hybridantriebe)
Klimaprämie für E-Autos: Wer in 2020 ein E-Auto bestellt, bekommt eine Umweltprämie von 10.000 Euro, auch wenn das E-Auto erst in den darauffolgenden Jahren geliefert wird. Staat und Hersteller, bei dem das E-Auto bestellt wurde, finanzieren die Klimaprämie mit je 5.000 Euro.

- ▶ Übergangsphase bis zur Lieferung der E-Autos: Bis zur Lieferung des bestellten emissionsfreien Autos bekommt die Kundin bzw. der Kunde von dem Autohersteller, bei dem das emissionsfreie Auto bestellt wurde, ein neueres Auto (mindestens Effizienzlabel B) mit Verbrennungsmotor mit einem intelligenten Finanzierungsmodell angeboten. Zum Zeitpunkt der Lieferung des bestellten E-Autos verpflichtet sich der Hersteller, das gekaufte oder geleaste Auto in Zahlung bzw. zurückzunehmen.

- ▶ Die Hersteller bekommen für die zurückgenommenen Autos dann eine Exportprämie von 1.000 Euro, wenn sie das Auto in ein Land innerhalb und außerhalb der EU exportieren und dafür in diesem Land ein Auto mit Abgaswert Euro 4 und schlechter verschrottet wird.

Abwrackprämie für Autos mit Euro 4 oder schlechter

- ▶ 2.000 Euro Abwrackprämie: Wer sein Auto mit Euro 4 und schlechter verschrotten lässt und gleichzeitig ein E-Auto bestellt, bekommt neben der Klimaprämie von 10.000 Euro zusätzlich eine Abwrackprämie von 2.000 Euro in Form eines Gutscheins. Dieser kann für den Erwerb eines emissionsfreien Autos oder in der Übergangsphase für das gekaufte oder geleaste Auto des Herstellers eingesetzt werden oder alternativ für den Erwerb eines E-Bikes und/oder zur Nutzung des ÖPNV.

- ▶ 1.000 Euro Abwrackprämie: Wer sein Auto mit Euro 4 und schlechter verschrotten lässt, bekommt eine Abwrackprämie von 1.000 Euro, über die frei verfügt werden kann.

- ▶ Nachfrageimpuls
- ▶ Beitrag zur CO₂-Senkung
- ▶ Vorzieheffekte (Aufträge für Industrie)
- ▶ Entlastung privater Haushalte bei Anschaffungskosten
- ▶ Einsparungen bei KUG, SV-Beiträgen, Transferleistungen
- ▶ Rückflüsse: MwSt. 7.600 Euro (19 %, Kaufpreis 40.000 Euro) pro zusätzlich verkauftem E-Auto





Stärkung der staatlichen Nachfrage

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none">▶ Nachfragesichernde, expansive Haushaltspolitik	<ul style="list-style-type: none">▶ Nachfrageimpuls▶ Beitrag zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes▶ Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst
<p>Zukunftsweisende Anschaffungen und Investitionen im öffentlichen Dienst vorziehen u. a. in</p> <ul style="list-style-type: none">▶ die Digitalisierung und die digitale Ausstattung,▶ eine zeitgemäße Arbeitsplatzgestaltung▶ oder die Anschaffung moderner Dienstbekleidung	

Investitionen in die Zukunft Niedersachsens

Die niedersächsische Wirtschaft war und ist insbesondere in ihren Schwerpunktbranchen mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert.

Diese Zusammenhänge werden derzeit von der Corona-Krise überlagert. Sie bleiben aber weiterhin die zentralen Fragestellungen, die unsere Zukunft bestimmen und die in der Gegenwart dringend beantwortet werden müssen.

Gleichzeitig liegen hier massive Chancen für unseren Wirtschaftsstandort, da durch den notwendigen Wandel Wachstumschancen für unsere innovativen Unternehmen und Branchen entstehen.

Diese gilt es nun effektiv zu nutzen, indem der Fokus der Corona-Maßnahmen zunehmend investiv ausgerichtet wird. Nebenbei trägt eine Auflösung des staatlichen Investitionsstaus zu besseren Lebensbedingungen, gutem Nahverkehr und bezahlbarem Wohnraum bei.

Zentrale Herausforderungen für die niedersächsische Wirtschaft

- ▶ Klimawandel/Treibhausgasneutralität
- ▶ Technologischer Wandel und Digitalisierung
- ▶ Strukturwandel und Globalisierungsprozesse
- ▶ Wohlstand für alle sichern
- ▶ Teilhabe und sozialen Ausgleich garantieren

Damit die Wirtschaft schnell wieder anspringt, sollten sinnvolle Zukunftsinvestitionen, die bereits vor der Corona-Krise geplant waren, vorgezogen werden. Unser öffentlicher aber auch privater Kapitalstock ist vielerorts veraltet und weist schlechte Klimabilanzen aus.

Die Infrastruktur in Niedersachsen braucht nicht nur einen frischen Anstrich, sondern muss grundsaniiert und klimafreundlich modernisiert werden.

Nur so lässt sich garantieren, dass der massive Einsatz von Steuergeldern auch verantwortungsvoll mit Blick auf die nachfolgenden Generationen ist. Jedes Konjunktur- und Investitionsprogramm in Europa, im Bund oder in Niedersachsen muss auf ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit setzen. Auch das Land Niedersachsen muss im Eigeninteresse eine solche Investi-

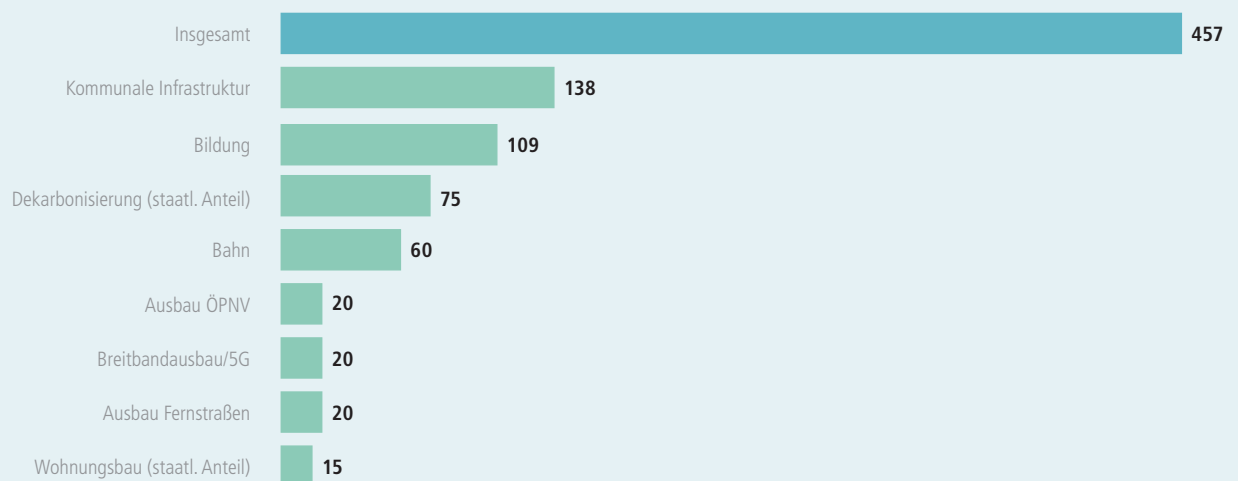
tionsoffensive forcieren, die unser Bundesland modernisiert und Gute Arbeit zu Tarifbedingungen schafft.

Öffentliche Zukunftsinvestitionen

- ▶ sind Grundlage für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Zukunft,
- ▶ bestimmen die Dynamik der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung,
- ▶ schaffen eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur für unseren starken Industrie- und Dienstleistungsstandort,
- ▶ stärken die öffentliche Daseinsvorsorge und verbessern die Lebensbedingungen,
- ▶ stabilisieren die Nachfrage,
- ▶ sind eine Grundbedingung für private Investitionen,
- ▶ schaffen Arbeitsplätze,
- ▶ führen zu einem nachhaltigen Wachstum,
- ▶ erhöhen die Steuereinnahmen.

Öffentliche Investitionsbedarfe in Deutschland für die nächsten zehn Jahre

Angaben in Mrd. Euro



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung 2019, eigene Darstellung



Niedersachsenfonds (NFonds) als Instrument für Zukunftsinvestitionen

Niedersachsen braucht einen langfristig angelegten Investitionspfad, der eine verlässliche Planung und Durchführung von Investitionen ermöglicht. Auf Landesebene sind die Rahmenbedingungen der laufenden Haushalte nicht ausreichend, um diese Zukunftsinvestitionen im nun notwendigen Umfang zu tätigen. Die Grenzen der laufenden Haushalte dürfen aber nicht die wesentlichen Zukunftsinvestitionen verhindern oder verschleppen. Die aktuellen Sofort-Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise werden derzeit nicht durch die Schuldenbremsen in Niedersachsen und im Bund eingeschränkt, da diese entsprechende Öffnungsklauseln für Krisensituationen vorsehen. Allerdings müssen für das nun notwendige Langfristprogramm Investitionsinstrumente entwickelt werden, die auch mittel- und langfristig konform mit den Regelungen von Schuldenbremse und Fiskalpakt neue Handlungsspielräume eröffnen.

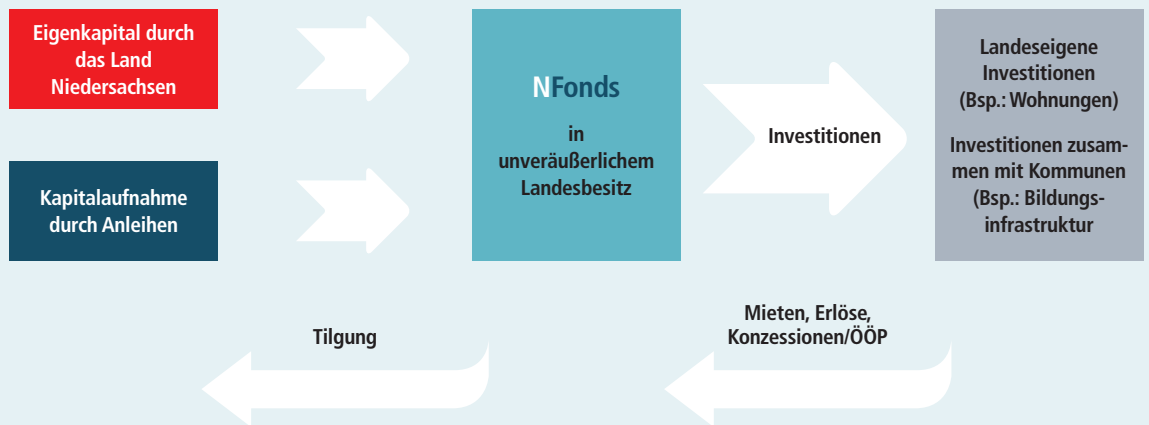
Die Antwort auf diese Herausforderung ist die Gründung eines landeseigenen Investitionsfonds – dem NFonds.

Der NFonds (NiedersachsenFonds) fungiert als Fonds des Landes und ist im vollständigen unveräußerlichen Landesbesitz. Der NFonds wird mit eigenen Einnahmen (Cashflow) ausgestattet. Jede Investition wird mit einem Tilgungsplan versehen. Investitions- und Tilgungszuschüsse muss der NFonds selbst finanzieren. Über Konzessionen, Mieten und Nutzungsentgelte fließen Mittel an den Investitionsfonds zurück. Der NFonds finanziert die Investitionen in voller Höhe, erzielt seine Einnahmen in Form von Konzessionen – verteilt über die Nutzungsdauer – von der öffentlichen Hand, z. B. einer Kommune und kann vollständig selbständig wirtschaftlich tätig werden. Weitere Einnahmen zur Refinanzierung kann der Fonds über Mieten und Erlöse generieren.

Beispiel: Landeseigene Wohnungen durch den NFonds

Unter dem Dach des NFonds könnte eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft eine umfangreiche Investitionstätigkeit entwickeln. Um 40.000 landeseigene Wohnungen zu bauen, ist ein Stammkapital von 1,1 Mrd. Euro notwendig. Das weitere Investitionsvolumen wird durch eine Kapitalaufnahme über den NFonds generiert und der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung gestellt. Eine unkontrollierte Verschuldung ist bei der Landeswohnungsbaugesellschaft ausgeschlossen, da den getätigten Investitionen reale Vermögenswerte in Form der gebauten Wohnungen gegenüberstehen. Für die Tilgung stehen die Mieten und Verkaufserlöse zur Verfügung.

Mehr Investitionen durch NFonds



Die zentralen Vorteile des NFonds sind:

- ▶ Die öffentliche Investitionstätigkeit wird mit Hebelwirkung einer geplanten und kontrollierten Kapitalaufnahme bei historisch niedrigen Zinsen massiv ausgeweitet.
- ▶ Eine langfristige Planungssicherheit für Investitionen ist garantiert – überjährig und unabhängig von Konjunktur- und Haushaltschwankungen.
- ▶ Gleichzeitig entstehen neue Spielräume in den laufenden Haushalten auch für konsumtive Ausgaben (z.B. Lehrerstellen).
- ▶ Es ergeben sich große Möglichkeiten durch Öffentlich-Öffentliche Partnerschaften (ÖÖP) insbesondere auch für die Kommunen bzw. deren Eigenbetriebe. Obligatorische Voraussetzung sind dabei Tarifbindung, Mitbestimmung und Kriterien Guter Arbeit.
- ▶ Wichtige Zukunftsinvestitionen können vorgezogen werden.
- ▶ Der NFonds verstetigt die Investitionsnachfrage und verbessert die Planungsfähigkeit für die Unternehmen.
- ▶ Durch die Ausweitung der öffentlichen Investitionen werden private Folgeinvestitionen angeregt.
- ▶ Der NFonds ist wirkungsvoll, transparent und effizient steuerbar.
- ▶ Die Handlungsfähigkeit des Staates und die öffentlichen Investitionstätigkeiten werden schuldenbremsenkonform abgesichert.



Investitionsoffensive für Niedersachsen

Auf Basis von Mitteln aus den laufenden Haushalten sowie des NFonds muss das Land Niedersach-

sen sofort ein öffentliches Investitionsprogramm starten, das u. a. folgende Bereiche umfasst:

Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen

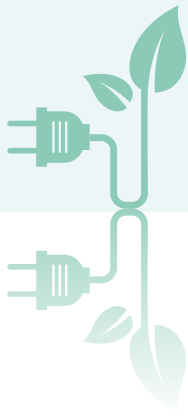
Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none">▶ Gründung eines Niedersachsenfonds (NFonds) als Investitionsinstrument	<ul style="list-style-type: none">▶ Investitionen steigern▶ Planungssicherheit herstellen▶ Öffentlichen Kapitalstock ausbauen▶ Gesellschaft und Wirtschaft modernisieren
<ul style="list-style-type: none">▶ Gestaltung der rechtlichen, personellen, technologischen und materiellen Rahmenbedingungen zugunsten einer nachhaltigen Industrie- und Dienstleistungswirtschaft, die auf Tarifbindung, Mitbestimmung und Guter Arbeit basiert	

Investitionen in die Bildungsinfrastruktur

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none">▶ Investitionen in Gebäudeinfrastruktur (u. a. Verfügbarkeit von Räumen entsprechender Größen, Sanitäreinrichtungen)▶ Investitionen in Technik (u. a. digitale Ausstattung, eLearning, Homeschooling, Lehrerfortbildung)	<ul style="list-style-type: none">▶ Bessere Bedingungen zum Erreichen der Bildungsziele▶ Aufstiegschancen für alle▶ Fachkräfteentwicklung▶ Bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungssektor

Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none">▶ insgesamt finanziell bessere Ausstattung▶ Investitionen in eine bedarfsgerechte Krankenhausinfrastruktur	<ul style="list-style-type: none">▶ Kosten: Verdoppelung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich▶ Bessere Gesundheitsversorgung▶ Krisenfestere Infrastruktur▶ Bessere Arbeitsbedingungen▶ Nachfragesteigerung für Bauwirtschaft & Medizintechnik



Investitionen in die Energiewende

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verbesserte Rahmenbedingungen für die Windkraft ▶ Ausbau von Speicher- und Netztechnologien 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beitrag zur CO₂-Senkung ▶ Steigende Investitionen in erneuerbare Energien ▶ Technologieführerschaft bei Windenergie und Wasserstoff sichern und ausbauen ▶ Vorteile Wasserstoff: Nebenprodukt in der chemischen Industrie, leicht zu transportieren und zu speichern, geeignet für Mobilität auf sehr langen Strecken ▶ Förderung von Handwerk ▶ Nachfragesteigerung für Industrie & Bauwirtschaft
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausweitung der Sektorenkoppelung 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Intensivere Batterie- als auch Wasserstoffforschung 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verstärkte Nutzung von Wasserstoff durch u.a. ▶ Umsetzung von Pilot- und Demonstrationsvorhaben ▶ Entwicklung einer norddeutschen Wasserstoffstrategie (Herstellung/Speicherung/Netzausbau) ▶ Beschaffung von Wasserstoffzügen für nicht elektrifizierte Strecken im Schienenverkehr 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Vorgezogener Austausch von Ölheizungen 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Nutzung von Geothermie 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderprogramm „Photovoltaik-Batteriespeicher“ 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderung von Wärmepumpen 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderung von Pumpen- und Batteriespeichern 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Photovoltaik-Initiative für Landesimmobilien 	



Investitionen in eine klimafreundliche Produktion

Maßnahmen		Nutzen
<p>Förderung innovativer, klimafreundlicher Anlagen und Maschinenparks</p> <p>▶ Das Unternehmen erhält eine 50%-Förderung der Investition, wenn seine neue Anlage eine treibhausgasneutrale Produktion ermöglicht. Sollte die neue Anlage 75 % Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen ermöglichen, erhält das Unternehmen einen reduzierten Fördersatz.</p>	<p>▶ Den Unternehmen werden zur Finanzierung der klimafreundlichen Investitionen in ihre Produktionsanlagen zinsfreie Kredite durch die NBank und ggf. Landesbürgschaften angeboten.</p>	<p>▶ Technologischen Wandel fördern</p> <p>▶ Technologieführerschaft sichern und ausbauen</p> <p>▶ Beitrag zur CO₂-Senkung</p> <p>▶ Höhere und schnellere Investitionen in klimafreundliche und ressourcenschonende Produktion (Anlagen und Prozesse)</p>
<p>▶ Stärkere Forschungsförderung für klimafreundliche und ressourcenschonende Produktion (Anlagen und Prozesse)</p>		
<p>▶ Degressive steuerliche Abschreibung von klimafreundlichen Investitionen</p>		

Investitionen in energetische Sanierungen

Maßnahmen		Nutzen
<p>▶ Anreize zur energetischen Gebäude- und Liegenschafts-sanierung: Landesprogramm mit dem Ziel, die</p>	<p>Quote der energetisch sanierten Altbauten kurzfristig zu verdoppeln</p>	<p>▶ Beitrag zur CO₂-Senkung</p> <p>▶ Nachfragesteigerung für Bauwirtschaft</p>
<p>▶ Sanierung aller öffentlichen Gebäude in Niedersachsen unter energetischen Gesichtspunkten</p>		



Investitionen in den ÖPNV

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schaffung der Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen, nachhaltigen und leistungsfähigen ÖPNV durch Investitionen in Material, Infrastruktur, Personal und attraktive Stadtverkehrskonzepte 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beitrag zur sozial-ökologischen Verkehrswende ▶ Verbesserung der Mobilität ▶ Beitrag zur CO₂-Senkung ▶ Entlastungen im Straßennetz ▶ Modernisierung des Verkehrssystems ▶ Nachfragesteigerung für Bauwirtschaft & Industrie
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Reaktivierung stillgelegter Strecken und Haltepunkte 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sanierung und Ausbau der Infrastruktur, insbesondere des Schienennetzes 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verstärkter Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ unmittelbar: Umstellung aller Fahrzeuge des ÖPNV auf klimafreundliche Antriebsarten 	

Investitionen in die Infrastruktur für Elektro- und Wasserstoffmobilität

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausbau der Lade- und Schnellladeinfrastruktur für die Elektromobilität im öffentlichen Raum, bei Unternehmen und im privaten Umfeld 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beitrag zur CO₂-Senkung ▶ Nachfragesteigerung für Bauwirtschaft & Industrie
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausbau der Tankstelleninfrastruktur für die Wasserstoffmobilität 	



Investitionen in den CO₂-freien Verkehr

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausbau des Fahrradwegenetzes in Städten und im ländlichen Raum (Verkehrsleitsysteme mit speziellen Fahrradnetzen aus Radwegen, Fahrradstraßen, Fahrradverkehrsnetzen und Fahrradparkplätze und Abstellmöglichkeiten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Entlastungen im Straßennetz ▶ Beitrag zur CO₂-Senkung ▶ Nachfragesteigerung für Bauwirtschaft & Industrie
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Modernisierung des öffentlichen Fuhrparks durch die kurzfristige, vollständige Umstellung auf klimafreundliche Antriebsarten bei PKW, Nutz- und Spezialfahrzeugen des Landes, der Kommunen und öffentlicher Unternehmen 	

Investitionen in die Klimafolgenanpassung

Maßnahmen	Nutzen
<p>Investitionen in</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ zukünftige Wasserversorgungsinfrastruktur (z.B. Fernleitungen, Speicher, Beregnungstechnik), ▶ Küstenschutz (Deiche, Sielwerke), ▶ und Hochwasserschutz im Binnenland 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Reduzierung von Klimaschäden ▶ Nachfragesteigerung für Bauwirtschaft & Industrie



Investitionen in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Mehr Sozialwohnungen ▶ Bezahlbarer Wohnraum für die Mittelschicht ▶ Nachfrageimpuls für Bauwirtschaft ▶ Entlastung der Mieterschaft ▶ Ausbau des öffentlichen Kapitalstocks
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Stärkung kommunaler und gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Wiedergründung einer schlagkräftigen Landeswohnungsbaugesellschaft 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bau von 40.000 landeseigenen Wohnungen bis 2030 	

Investitionen in die Digitalisierung

Maßnahmen	Nutzen
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen auf Glasfaserbasis durch eine Landesinitiative 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ansiedelung von Unternehmen ▶ Schaffung von Arbeitsplätzen ▶ Verbesserung der Arbeitsbedingungen ▶ sozio-kulturelle Teilhabe ländlicher Räume ▶ Verbesserungen in der Weiterbildung
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Gestaltung der digitalen Arbeitswelt im Sinne von Guter Arbeit und Mitbestimmung 	
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Unterstützung des Landes für die Träger der Weiterbildung für die Bereitstellung und Installation der digitalen Infrastruktur sowie für die Konzeption und Umsetzung von innovativen Formaten 	

Herausgeber
DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 1
30159 Hannover
www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de
Verantwortlich: Dr. Mehrdad Payandeh
Bildnachweis: DGB, IG Bau, IG BCE, GEW, IG Metall, NGG, GDP, EVG, ver.di (S. 2)
Gestaltung: Peter Bisping/drucktechnik-altona.de
Juni 2020

